

## **Die zivile Nutzung der Atomkraft in Deutschland und Frankreich vor den Herausforderungen einer europäischen Energiepolitik**

*Julia Gamberini und Gregor Waschinski<sup>1</sup>*

Die Bedeutung der Atomenergie für die Zukunft der Energieversorgung und die deutsch-französische Kooperation in diesem Bereich sind Themen, auf die Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy bei seinen Reisen ins Nachbarland besonders gerne zu sprechen kommt. Beim deutsch-französischen Gipfel in Straubing im Juni 2008 betonte er den Wunsch einer Zusammenarbeit bei der „neuen Generation der Nukleartechnik“ und schwärmte von der „Zukunftslösung Atomkraft“. Ein Jahr zuvor hatte Sarkozy beim Gipfel in Meseberg bereits deutlich gemacht, dass die unterschiedliche Atompolitik auf beiden Seiten des Rheins angesichts einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu Problemen führen könne.

Tatsächlich liegen die Positionen Deutschlands und Frankreichs bei kaum einem Thema so weit auseinander wie bei der zivilen Nutzung der Kernenergie. Zugleich drängen energiepolitische Fragen zunehmend auf die Agenda der Europäischen Union (EU), die sich in diesem Zusammenhang mit zwei großen Herausforderungen konfrontiert sieht: Erstens die Abhängigkeit von außereuropäischen Energiequellen, die der russisch-ukrainische Gasstreit Anfang des Jahres erneut eindrücklich vor Augen führte. Insgesamt 80 Prozent des heutigen Energieverbrauchs in Europa werden durch fossile Energieträger gedeckt, die wiederum zur Hälfte aus Nicht-EU-Staaten importiert werden müssen. Zweitens ist der drohende Klimawandel zu nennen, den die EU mit ihrer Zauberformel „drei Mal 20 bis 2020“ zu bekämpfen versucht. Welche Folgen hat nun die deutsch-französische Dissonanz im Atombereich für das Entstehen einer gemeinsamen Energiepolitik in der EU? Blockieren sich beide Länder mit ihren Haltungen, oder können Paris und Berlin von der Position des Nachbarn profitieren?

Der deutsch-französische Atomdissens ist kaum zu verschleiern: In Frankreich sind derzeit 58 Atomkraftwerke am Netz, die 78 Prozent des Stroms herstellen; in Deutschland laufen noch 17 Anlagen, die lediglich für 22,2 Prozent der Stromproduktion stehen. Unter dem Eindruck des Ölshocks 1973 hat Frankreich eine klare Entscheidung für den Ausbau der Atomenergie getroffen, um damit einerseits seine Energieversorgung und -unabhängigkeit zu sichern und andererseits das nationale Prestige zu fördern. Als Stromexporteur zieht Frankreich heute wirtschaftliche Vorteile aus seiner klaren pro-nuklearen Haltung, die das Land zu einer Ausnahme in Europa und der Welt macht. Deutschland hat dagegen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs immer einen Energiemix bevorzugt, der lange von Kohle- und Atomstrom dominiert wurde und bei dem in jüngster Zeit zunehmend auf erneuerbare Energien gesetzt wird.

---

<sup>1</sup> Julia Gamberini ist Doktorandin am Städtebaulichen Institut Grenoble und Gastwissenschaftlerin am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung Erkner. Gregor Waschinski ist Redakteur bei der Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP) im Bereich Außenpolitik. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Als wichtigste Zäsur in der Wahrnehmung der Nuklearenergie in Deutschland und Frankreich muss der Unfall in der Atomanlage Tschernobyl im Jahr 1986 angesehen werden. In der Bundesrepublik verstärkte der „Super-Gau“ die kollektiven Zweifel an der Sicherheit dieser Energiequelle, die seit den 1970er Jahren von der Umweltbewegung vorgebracht worden waren – während der Unfall in Frankreich größtenteils dem mangelnden technischen Know-How der Sowjetunion zugeschrieben wurde. Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen die Atomenergie blieb in Frankreich schwach, und die Forderungen der Anti-Akw-Bewegung fanden in Frankreichs Parteienlandschaft – mit Ausnahme der Grünen – keinen Widerhall.

In der Bundesrepublik wurde dagegen die grundlegende gesellschaftliche Weichenstellung aus den 1980er Jahren mit dem Atomausstieg der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders im Jahr 2001 politisch festgeschrieben. Eine Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahr 2008 zeigt allerdings, dass die Unterstützung in der deutschen Bevölkerung für Kernkraft in den vergangenen drei Jahren von 38 Prozent auf 46 Prozent gestiegen ist – was sich vor allem mit der Preisexplosion bei Öl und Gas erklären lassen dürfte. In Frankreich verharrt die Zustimmung für Atomenergie bei 52 Prozent.

Auf europäischer Ebene hat die Angst vor der drohenden Klimakatastrophe die Bedenken über die Risiken der Atomenergie verdrängt, über der EU-Kommission weht ein pro-nuklearer Wind. In ihrem Aktionsplan zur Energiepolitik vom Januar 2007 präsentierte die Brüsseler Behörde die Kernkraft als zuverlässigen Bestandteil eines Energiemixes, der die Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen zum Ziel hat. In der aktuellen Fassung des Hinweisenden Nuklearprogramms, das den Zustand der Atomenergie in der EU im Jahr 2008 beschreibt, stellt die Kommission fest, dass die Kernkraft eine der „wirtschaftlichsten Energiequellen“ sei und die Sicherheit der Energieversorgung in Europa erhöhe. „Die Kernenergie spielt eine wichtige Rolle beim Übergang zu einer Wirtschaft, die nur geringe CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht“, heißt es im Fazit. Die Rolle der EU bestehe deshalb darin, „dafür zu sorgen, dass diese Energiequelle unter Einhaltung höchster Sicherheitsstandards genutzt wird.“<sup>2</sup>

Allerdings ist in der Union jeder Mitgliedstaat selbst für seinen Energiemix verantwortlich und entscheidet damit eigenständig über seine Atompolitik. Im Jahr 2008 waren in der EU insgesamt 148 Atomkraftwerke am Netz, die rund ein Drittel des Stroms in der Gemeinschaft produzierten. 15 Mitgliedstaaten nutzen Kernenergie, darunter die meisten großen Ländern. Diese Energiequelle hat in den vergangenen Jahren ein erstaunliches Comeback erfahren: Frankreich und Finnland bauen neue Reaktoren, und auch die britische Regierung sowie die baltischen Staaten und Polen haben grünes Licht für eine neue Generation von Kernkraftwerken gegeben. Italien, das seit den 1980er Jahren auf Kernenergie verzichtet, prüft einen Wiedereinstieg.

Die französische Atompolitik, die Nicolas Sarkozy während der französischen EU-Ratspräsidentschaft als Wegweiser für eine gemeinsame Energie- und Klimastrategie etablieren wollte, scheint der

---

<sup>2</sup> Aktualisierte Fassung der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: „Hinweisendes Nuklearprogramm“ (KOM/2008/776), 13. November 2008.

energiepolitischen Großwetterlage in Europa also eher zu entsprechen. Andererseits ist die Bundesrepublik innerhalb der Union nicht isoliert, insbesondere Österreich und Spanien streben ebenfalls einen Ausstieg aus der Atomkraft an. Das von Rot-Grün verkündete Ende der Kernenergie in Deutschland ist jedoch alles andere als endgültig. Der Atomausstieg ist politisch umstritten und könnte im Fall einer bürgerlichen Regierungsmehrheit bei den Bundestagswahlen 2009 rückgängig gemacht werden. Ohnehin beteiligt sich die Bundesrepublik weiter finanziell an den Euratom-Programmen und fördert somit, über den Umweg Brüssel, die Entwicklung der Nukleartechnik. Die deutsche Industrie sucht ebenfalls ihr Heil in der Internationalisierung, allen voran Siemens, deren Kernkrafttechniksparte im deutsch-französischen Konsortium Areva NP aufgegangen ist. Die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen existieren ungeachtet der unterschiedlichen politischen Ziele in Paris und Berlin weiter, auch wenn Spannungen nicht ausbleiben, insbesondere was die Zukunft des deutschen Atom-Know-Hows angeht.

Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Energiepolitik in Europa besteht nun das Risiko, dass unter dem Vorwand der Vereinheitlichung die nationalen Entscheidungen übergangen werden und die EU gewissermaßen als ein Druckmittel gegen diejenigen Mitgliedstaaten eingesetzt wird, die sich für den Atomausstieg ausgesprochen haben. Diese Logik würde die ideologischen Gräben zwischen pro-nuklearen Ländern und Mitgliedstaaten, die andere Energiequellen ausbauen wollen, nur vertiefen. Dabei ist gegenseitige Akzeptanz der Schlüssel für eine erfolgreiche Europäisierung im Energiebereich. Frankreich und Deutschland müssen hier gerade wegen ihrer unterschiedlichen Haltungen zur Kernkraft eine zentrale Rolle spielen.

Voraussetzung für ein erfolgreiches deutsch-französisches Engagement für eine EU-Energiepolitik ist, dass sich beide Länder von einigen Illusionen verabschieden. In Deutschland konterkarieren die Verpflichtungen auf europäischer Ebene und die bleibenden industriellen Interessen die Politik des Atomausstiegs. Zugleich verhindert der scharfe Diskurs der Kernkraftgegner, der die Atomenergie zu einem Tabuthema gemacht hat, eine rationale Diskussion über Risiken und Nutzen dieser Technologie. Schließlich wäre selbst eine nuklearfreie Bundesrepublik von grenzüberschreitenden Effekten der Kernenergie weiter betroffen – sei es positiv über den Stromhandel oder negativ durch mögliche Strahlenrisiken. Frankreich neigt dagegen dem anderen Extrem zu: Der staatstragende Charakter der Atomindustrie hat hier eine öffentliche Debatte, die auch die Risiken dieser Technologie angemessen thematisiert, weitgehend unterbunden.

Um den Blick auf die Eigenheiten des Partners auf beiden Seiten des Rheins zu schärfen, müssen sich Deutschland und Frankreich im energiepolitischen Bereich enger verzahnen. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene bedeutet dies die Schaffung von Austauschprogrammen und Informationsplattformen, die als Diskussionsforen dienen und die Energiesituation im Nachbarland vermitteln. Auf politischer Ebene sollte ein ständiger Arbeitskreis der Regierungen beider Länder angestrebt werden, in dem hochrangige Beamte mehrerer Ministerien (insbesondere Umwelt- und Wirtschaftsministerien) sich unterstützt von Experten mit Energiefragen befassen. Die Arbeit dieses „deutsch-französischen Energiekomitees“ könnte die Grundlage der Diskussionen der Minister sowie Staats- und Regierungschefs bei den deutsch-

französischen Gipfeltreffen bilden. Schließlich könnte aus diesem Gremium eine europäische Energieinstitution erwachsen, die eine unabhängige Beobachterrolle bei der Atomenergie einnehmen könnte – was bei Euratom derzeit nicht der Fall ist.